

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Buchhändler und die Auer-Verlagsanstalt entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Einzelnummern für den Postweg aus dem Umkreis des Erzgebirges, ausserhalb des Umkreises 20 Pfennige, ausserhalb des Umkreises 40 Pfennige, ausserhalb des Umkreises 1 Reichsmark, am 1. Juli 1932 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 190

Sonntag, den 14. August 1932

27. Jahrgang

Hitler lehnt Regierungsbeteiligung ab

Der Parteiführer der Nationalsozialisten nimmt das Angebot Papens nicht an

Berlin, 13. August. Wie mitgeteilt wird, hat Adolf Hitler bei dem Empfang beim Reichskanzler das Angebot, den Posten des Reichskanzlers und des Preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen, abgelehnt.

In politischen Kreisen werden damit die Verhandlungen als gescheitert angesehen. Dem Empfang beim Reichspräsidenten von Hindenburg, der heute nachmittag stattfindet, wird nur noch formale Bedeutung beigemessen. Hitler hat in der Unterredung mit dem Reichskanzler die Opposition seiner Partei gegen das Reichskabinett angekündigt.

Plötzlich neue Verhandlungen

Bei Beginn des Druckes unserer heutigen Ausgabe erhalten wir zu der Meldung von Hitlers Ablehnung, die uns telephonisch vom WTB. um 13 Uhr übermittelt wurde, von der gleichen Stelle die Nachricht, daß in Berlin wieder Verhandlungen zwischen Hitler und dem Kanzler plötzlich neue Verhandlungen aufgenommen worden sind und daß die Meldung von Hitlers ablehnender Entscheidung einstweilen zurückgehalten werden soll, was uns infolge der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr möglich war.

Die Situation vor der Ablehnung

Berlin, 12. August. Wie wir erfahren, wird der Empfang Adolf Hitlers beim Reichskanzler am morgigen Sonnabendvormittag stattfinden. Hauptmann Röhr und Graf Helldorf waren heute mittig in der Reichskanzlei, um die Besprechung vorzubereiten. Nachdem durch die Ablage der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen an das Zentrum die Möglichkeit einer parlamentarischen Lösung zunächst wieder in den Hintergrund getreten ist, beurteilt man die Aussichten einer Verständigung mit den Nationalsozialisten im Sinne eines Präsidialkabinetts wieder etwas günstiger. Der „Angriff“ fordert zwar auch heute wieder mit

allem Nachdruck, daß die einzig mögliche Forderung aus der Lage gezogen und Adolf Hitler mit der Führung des Staates beauftragt wird. In anderen Blättern erörtert man aber die Möglichkeit einer Regierungsumbildung, bei der das Kabinett weiter von Herrn von Papen geführt werde, während Gregor Strasser preussischer Ministerpräsident und gleichzeitig Reichskanzler im Reich werden sollte. Nach diesen Kombinationen würde Dr. Frick das Reichsinnenministerium übernehmen und Dr. Bracht in Preußen Innenminister bleiben. Das sind aber vorläufig nur Kombinationen, die jedoch mehr als Stimmungsbarmeter zu werten sind. Man muß zunächst abwarten, wie die morgige direkte Fühlungnahme zwischen dem Reichskanzler und Hitler ausgeht. In nationalsozialistischen Kreisen wird übrigens bestätigt, daß Hitler auch vom Reichspräsidenten empfangen werden würde.

Berlin, 12. August. Von amtlicher Seite wird nunmehr bestätigt, daß Adolf Hitler morgen nach dem Besuch beim Reichskanzler auch vom Reichspräsidenten empfangen werden wird. Die Unterredungen werden gegen Mittag stattfinden.

Der „Völkische Beobachter“ zur Frage der Regierungsumbildung

München, 13. Aug. Unter der Überschrift „Entscheidungsstunde“ schreibt der „Völkische Beobachter“ in seiner Ausgabe, daß das Angebot des Zentrums gezeigt habe, wie schlecht es um das alte System stehe. Das Zentrum habe nur den Zweck verfolgt, billig zu einem Ruhestand zu kommen, um im geeigneten Augenblick mit Hilfe der Kommunisten die erste deutsche Regierung seit 1918 wieder zum Sturz zu bringen. Das Blatt kommt dann auf den Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten zu sprechen und erklärt, daß die Spannung, von der Millionen Deutscher beherzigt seien, sich am 13. August lösen und daß an diesem Tage eine Entscheidung vom schicksalsschweren Bedeutung fallen werde, und zwar so oder so.

Hitler erst heute nachmittag beim Reichspräsidenten

Berlin, 13. Aug. Adolf Hitler wird nach der Besprechung mit dem Reichskanzler von Papen heute nachmittag vom Reichspräsidenten empfangen werden, nachdem vorher der Kanzler dem Reichspräsidenten über das Ergebnis seiner Unterredung mit Hitler Bericht erstattet hat. Dem Empfang Hitlers bei Hindenburg wird der Reichskanzler beiwohnen.

Die Verantwortung Hitlers

Der auf die Bildung einer Koalitionsregierung in Preußen und im Reich gerichtete Vorstoß des Zentrums verdient es schon, etwas näher betrachtet zu werden. Eine Koalitionsregierung, bestehend in der Hauptsache aus dem Zentrum und den Nationalsozialisten, ist sowohl im Reich wie in Preußen ziffernmäßig möglich. Zugendwelche Regierung dazu haben aber bis Mitte der Woche weder das Zentrum noch die NSDAP. gezeigt. Da erst erging eine Einladung über die Möglichkeit einer Regierungsbildung in Preußen auf parlamentarischer Grundlage. Diese erste Besprechung sollte am Freitag stattfinden, ist aber auf deutschnationalen Wunsch bis Montag vertagt.

Inzwischen ist nun von parteioffiziöser Zentrumsseite über die Donnerstag-Besprechung der Zentrumsabgeordneten Boos und Volz mit dem Reichskanzler v. Papen eine Erklärung in der „Germania“ erschienen, in der es heißt:

„Das Zentrum müsse absolut klare Verantwortlichkeit verlangen. Dazu gehöre die offene und volle Mitverantwortung der Nationalsozialistischen Partei. Es sei selbstverständlich, daß dabei die strikte Einhaltung verfassungsmäßiger Wege und Methoden gewährleistet und die neue Reichsregierung die lokale Zusammenarbeit mit der Volkvertretung wolle und pflegen müsse. Alles andere führe notwendigerweise auf Abwege und zu Experimenten, die mit der Verfassung nicht mehr zu vereinbaren seien. In solchem Zusammenhang sehe die Zentrumspartei auch die gegen die frühere preussische Regierung ergriffenen Maßnahmen der Reichsregierung, und sie müsse es ablehnen, für die Folgen auch nur nachträglich die Verantwortung zu übernehmen. Allein aus dieser Betrachtung ergäbe sich bereits die Unmöglichkeit einer weiteren Existenz des gegenwärtigen Reichskabinetts, da ihm die Grundlagen und Voraussetzungen zu einer vertrauensvollen gesicherten und erfolgversprechenden Arbeit durchaus fehlten. Die Zentrumspartei werde sich positiv verhalten jeder Lösung gegenüber, die unter Ausschluß jeder Parteidiktatur den beiden Grundgedanken der klaren Verantwortlichkeit und des verfassungsmäßigen Weges entspreche.“

Das Zentrum spricht von der Notwendigkeit einer offenen und vollen mitverantwortlichen Beteiligung der NSDAP. an der Reichsregierung wie an der Preussenregierung, um Hitler zu einer ebenso eindeutigen Stellung und ebenso klaren öffentlichen Antwort zu zwingen. Die Zentrumspolitik verläßt damit den Weg und die Taktik Brünings, der nie zu bewegen war, diese Gretchenfrage öffentlich an Hitler zu stellen. Die Beweggründe für diese Bemerkung der Zentrumsseite sind unklar zu erkennen. Sie liegen nicht darin, daß sich das Urteil des Zentrums über das innere Wesen des Nationalsozialismus geändert hätte, dagegen dürften sie wohl in der leider sehr verspätet aufgefundenen Erkenntnis zu suchen sein, daß die bisherige Behandlungsmethode der NSDAP. auch für das Zentrum falsch war. Man würde allerdings zu weit gehen, wenn man nur parteipolitische Interessen hinter der Schwankung des Zentrums suchen wollte; zweifellos spielen hier auch Erwägungen staatspolitischer Natur mit, zweifellos mutet auch das Zentrum seinem linken Flügel mit dieser Aufforderung an die NSDAP. allerlei zu, aber anzunehmen, daß das letzte Ziel der Zentrumsbemühungen allein darin bestehen könne, Hitler in den Regierungssattel zu heben, wäre mehr als naiv. Die Diplomaten müssen sich sagen, daß die nationalsozialistische Politik durch ihre Unzulänglichkeit, durch Uebertreibung auf der einen Seite, Fehler und Versäumnisse auf der anderen, in der Gefahr ist, in eine Zwangslage zu geraten und sich das Gesetz des Handelns von anderen vorschreiben zu lassen. Nachdem die nationalsozialistische Presse, vor allem auch der von Hitler selbst herausgegebene „Völkische Beobachter“ eine Regierungsbildung auf Grund des Wahlergebnisses verlangt hat, kann sich die NSDAP. der Aufforderung des Zentrums nach einer klaren Stellungnahme nicht entziehen.

Sicher ist Hitler nicht so frei in seinen Entschlüssen, wie es die große Schar seiner blinden Anhänger/die in ihm einen zweiten Mussolini sieht, annimmt. Hitler ist wie alle Parteiführer ein abhängiger Mann. Er ist abhängig von der Schar der Mitführer und Unterführer, abhängig von der SA. und der SS., die umgebend große Taten, erlösende Taten von ihm erwartet. Ein Abhängiger ist er vor allem geworden durch eine Agitation, die die Erwartungen seiner Millionen Wählerscharen ins Unerfüllbare gesteigert hat. Abhängig ist er durch die Grenzen seiner Macht. Auch er, der „politische Messias“, kann seinen Scharen Arbeit, Brot und Sand, billige Wohnungen und

Regierungsentscheidung in Preußen

erst nach Hitlers Rückfrage mit dem Reichskanzler

Berlin, 12. August. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen hört, ist nicht damit zu rechnen, daß vor der Rückfrage Adolf Hitlers mit dem Reichskanzler auch in der Frage der preussischen Regierungsbildung eine Entscheidung fällt. Die Nationalsozialisten scheinen unter Hinweis auf die innere Verbundenheit der Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen nicht gewillt zu sein, der Zentrums-Einladung zu Besprechungen über die preussische Frage vor einer Entscheidung durch Adolf Hitler Folge zu leisten. Jedenfalls wird heute bekannt, daß auch am Montag kommenden Woche die geplante Aussprache zwischen Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen nicht erfolgen kann, weil die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten der Zentrumsfraktion erklärt haben, daß sie zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt Vertreter nicht entsenden könnten.

Aktion gegen die KPD.

Durchsuchung bei KPD-Angehörigen und KPD-Büros in Hamburg

Hamburg, 12. Aug. Seit Freitagfrüh ist die politische Polizei in ganz Hamburg mit Durchsuchungen bei kommunistischen Parteimitgliedern, in kommunistischen Parteibüros und Parteilokalen beschäftigt. Die Untersuchungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der vor drei Tagen erfolgten Ausschreibung des Rotfrontkämpferbundes in Hamburg. Gegen Mittag wurde das Parteibüro der KPD. am Valentinskamp überraschend durch ein

großes Polizeiaufgebot besetzt. Ferner durchsuchte man bei dieser Gelegenheit auch die Redaktion der „Hamburger Volkszeitung“. Gegen 13 Uhr wurde das Büro der Antifa in der Kaiser-Wilhelm-Strasse besetzt. Auch hier setzte die Polizei ein großes Aufgebot an Beamten ein und sperrte auch die Straßenzugänge, um Zusammenstöße und Zusammenrottungen während der Durchsuchung zu verhindern. Ueber die bei den Durchsuchungen gemachten Funde gibt die politische Polizei vorerst noch keine Mitteilung heraus.

Gauleitung bei der Internationalen Arbeiterhilfe

Berlin, 12. Aug. Ein großes Aufgebot der Schutzpolizei wurde heute mittig gegen 12 Uhr zu einer umfangreichen Aktion nach der Dorotheenstrasse alarmiert, wo sich das Büro der Internationalen Arbeiterhilfe befindet. Die Beamten begaben sich in mehreren Schnellwagen zu der genannten Stelle, die im großen Umfange abgesperrt wurde. Wie es heißt, soll diese Durchsuchung auf Grund einer Anzeige erfolgt sein, daß sich in den Büroräumen der Internationalen Arbeiterhilfe ein Waffenlager befinden soll.

Um das Schicksal der Deutschen Staatspartei

Berlin, 12. Aug. Wie das Nachrichtenbüro des W.D.Z. meldet, wird Ende dieses Monats der Geschäftsführende Vorstand der Staatspartei und im Anschluß daran der Gesamtvorstand der Partei zusammentreten, um über die zukünftige Arbeit an und in der Partei entscheidende Beschlüsse zu fassen. In staatsparteilichen Kreisen wird erklärt, daß die Partei als solche sich bei der letzten Reichstagswahl als durchaus lebensfähig erwiesen habe, da sie als einzige der Mittelparteien ohne irgendwelche Listenverbindungen sich habe einigermaßen erhalten können. Der Parteiführer, Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dietrich, hat zur Zeit Berlin verlassen und einen kurzen Erholungsurlaub angetreten.